



Vereinigung der
Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

Energiepolitische Positionen 2009



IHK im DIALOG

Energie für NRW
Perspektiven

der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen



Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
2	Der energiepolitische Dialog der Wirtschaft in NRW	6
3	Zehn Meilensteine für eine kostengünstige und zukunftsfähige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen	8
4	Weltmärkte und Versorgungssicherheit	10
4.1.	Weltweit wachsende Nachfrage nach knappen Ressourcen	10
4.2.	Zu wenig Investitionen in Anlagen und Netze	12
5	Wettbewerb und Energiemarkt	14
5.1.	Strom- und Gaspreise: Netzkostenbestandteile erheblich	14
5.2.	Strommarkt: hohe Eintrittsbarrieren für Drittanbieter	16
5.3.	Leitungsengpässe im Übertragungsnetz	18
6	Energie- und Klimapolitik	20
6.1.	Aktuelle Energie- und Klimapolitik gefährdet Wirtschaftsstandort	20
7	Energiemix	22
7.1.	Markt und Politik bestimmen Energiemix	22
8	Forschung und Entwicklung	24
8.1.	Nukleare Energieerzeugung: Geht die Forschung richtige Wege?	24
8.2.	Energieforschung muss weit gefächert und interdisziplinär sein	26
9	Energieeffizienz	28
9.1.	Einsparpotenziale durch Energieeffizienz vorhanden	28
	Quellennachweis	30
	Impressum	31

1

Vorwort



Paul Bauwens-Adenauer,
Bauwens GmbH & Co. KG, Köln
Präsident der IHK-Vereinigung NRW und
Präsident der IHK Köln

Energiepolitik gestalten heißt Zukunft gestalten. Deshalb haben die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen das vorliegende Positionspapier erarbeitet. Unser Anliegen: Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen. Unser Auftrag: Wirtschaft und Gewerbe zu ermöglichen, sich unternehmerisch verantwortlich weiterhin für den Standort Nordrhein-Westfalen entscheiden zu können. Mehr denn je muss dabei berücksichtigt werden, dass die Unternehmen in einem internationalen Wettbewerb stehen, in dem Energie eine bedeutende Rolle spielt. Das gilt besonders für Nordrhein-Westfalen, das über einen hohen Besitz an besonders energieintensiven Produktionsbetrieben verfügt.

Für die energieverbrauchende Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sind Energiepreise und Energiekosten wichtige Produktionsbedingungen. Dies gilt umso mehr, als die Verfügbarkeit von Energieressourcen zunehmend zum Instrument der Einflussnahme auf internationalen Märkten und damit zur Bestimmung wichtiger Wettbewerbsfaktoren eingesetzt wird.

Obwohl Nordrhein-Westfalen wie kein anderes Bundesland über fossile Energieressourcen verfügt, ist es abhängig von der Energieerzeugung und -zulieferung anderer Länder. Auf die Frage, welche konkreten Schlussfolgerungen daraus zu



ziehen sind, gibt es viele Antworten. Breiten Konsens findet die Forderung, dass die Politik den Mut haben muss, den Einsatz aller Energieträger vorbehaltlos zu diskutieren. Eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung muss alle technischen Möglichkeiten und alle naturwissenschaftlichen Erkenntnisse nutzen. Das schließt die Nutzung der Kernkraft und der konventionellen Energiegewinnung ebenso ein wie die erneuerbaren Energien. Es ist an der Zeit, auch über unpopuläre Maßnahmen zu diskutieren und in der öffentlichen Meinung für zukunftsfähige Lösungen zu werben. Führungsaufgabe der Politik ist es, die Menschen für notwendige Entscheidungen zu gewinnen.

Mit den „Energiepolitischen Positionen 2009“ bieten die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen einen sachbezogenen Diskussionsbeitrag für einen verantwortungsvollen Dialog an. Er enthält die für die Wirtschaft wichtigsten energiepolitischen Fragen. Zugleich wollen sie deutlich machen, dass Energiepolitik dann nachhaltig ist, wenn sie ökonomische Zwänge mit ökologischer Verantwortlichkeit verbindet.

Paul Bauwens-Adenauer

Präsident der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen

2

Der energiepolitische Dialog der Wirtschaft in NRW

Versorgungssicherheit, Energiepreisexplosion, Energiemix, Kernenergie und alternative Energien, Umwelt- und Klimaschutz – diese Begriffe stehen beispielhaft für eine hochkomplexe und hochpolitische Diskussion, die in den letzten Jahren an Aktualität beachtlich gewonnen hat. Keine Frage: Die Zukunft der Energieversorgung ist ein elementares Anliegen der gesamten Gesellschaft. Für die Unternehmerschaft in Nordrhein-Westfalen entscheidet sie in vielen Fällen über Zukunft oder Ende ihrer Betriebe. Deshalb sind die Unternehmen existenziell an bezahlbaren Energiepreisen sowie an einer Politik interessiert, die für Verlässlichkeit und Kontinuität bei den energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und Europa sorgt.

Die Industrie- und Handelskammern in NRW haben daher nach einem neuen Weg gesucht, der Antworten der Wirtschaft zu den Fragen nach einer Energiepolitik bietet, die sich den Zielen der Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen verpflichtet weiß.

Unter dem Titel „Energie für NRW: Fakten, Meinungen, Perspektiven“ boten die Industrie- und Handelskammern ihren Mitgliedern einen aktiven und ergebnisoffenen energiepolitischen Dialog an. Ziel dieses Dialogs war es, vermehrt und konzentriert Sachzusammenhänge zu erfahren und darauf aufbauend gemeinsame energiepolitische Positionen zu erarbeiten.

Im Mittelpunkt dieses energiepolitischen Dialogs der nordrhein-westfälischen Unternehmerschaft standen sechs Workshops, in denen die Fakten zu den jeweiligen energiepolitischen Kernthemen dargestellt und mit der Wirtschaft im Laufe des Jahres 2008 diskutiert wurden. Folgende Workshops wurden angeboten:

1. Weltmärkte und Versorgungssicherheit

Dortmund 27. Mai

2. Wettbewerb und Energiemarkt

Köln 23. Juni

3. Energie- und Klimapolitik

Duisburg 12. August

4. Energiemix

Gelsenkirchen 10. September

5. Forschung und Entwicklung

Jülich 14. Oktober

6. Energieeffizienz

Wuppertal 30. Oktober

Eingeladen waren alle IHK-zugehörigen Unternehmen in NRW sowie Verbände und Institutionen mit Bezug zu diesem Thema. Insgesamt beteiligten sich rund 400 Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen aktiv an diesem meinungsbildenden Diskussionsprozess.

Wissenschaftliche Fundierung und Begleitung erfuhr unser Dialog vom Bremer Energie Institut (BEI) und vom Forschungszentrum Jülich (FZJ). Weitere inhaltliche Unterstützung und Förderung bot uns ein gesondert für dieses Verfahren eingerichteteter energiepolitischer Beirat. Über ihn wirkten Fachleute aus der energiebeziehenden wie energieproduzierenden Wirtschaft Nordrhein-Westfalens bei der Erarbeitung der inhaltlichen Positionen intensiv mit. Die abschließende Beteiligung und Einflussnahme oblag den Beschlussgremien aller 16 Industrie- und Handelskammern und denen der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW.



Die vorliegenden „Energiepolitischen Positionen 2009“ sind somit das Ergebnis einer sorgfältigen und gründlichen Abwägung aller eingebrachten energie- und klimapolitischen Interessen aus der beteiligten Wirtschaft. Mit diesen energiepolitischen Positionen wollen die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen einen fachkundigen Beitrag zur aktuellen energie- und klimapolitischen Debatte leisten und zugleich die Interessenlage der Unternehmerschaft begründbar und facettenreich offenlegen.

Allen Unternehmern und Unternehmensvertretern, die sich für die Erarbeitung dieser Positionen engagiert haben, gilt unser Dank. Das gilt insbesondere den Mitgliedern unseres Beirats, aber in gleichem Maße den sehr aktiven Wissenschaftlern des Bremer Energie Instituts und des Forschungszentrums Jülich für ihre fachliche Unterstützung und Beratung. Besonders erwähnen möchten wir die außergewöhnlich intensive Unterstützung, die wir von allen Fachkollegen der Industrie- und Handelskammern in NRW – hervorzuheben sind dabei die Energiereferenten – erhalten haben. Sie brachten sich in vorbildlicher Weise in den energiepolitischen Dialog wie in die Erarbeitung dieser Schrift ein.

Ohne die gedankliche Vorarbeit von Herrn Hans Georg Crone-Erdmann, der den wesentlichen Impuls für diesen Dialogweg gab, wäre diese Schrift nicht zustande gekommen. Ihm gilt unser aufrichtiger Dank. Besonders hervorheben möchten wir die ungewöhnlich fachkundige und intensive Tätigkeit von Anke Schweda. Sie hielt in diesem Verfahren stets alle Fäden zusammen und war Dreh- und Angelpunkt dieses Prozesses, an dem auch Dr. Stephan Wimmers als Mitglied des Kernteams entscheidenden Anteil hatte. Er hat über viele Monate intensiv für dieses Ergebnis gearbeitet und war wesentliche Stütze des Redaktionsteams.

Dr. Ralf Mittelstädt

Hauptgeschäftsführer
der Vereinigung
der Industrie- und
Handelskammern
in NRW

Detlev Sachse

Federführer
Energie und Klimaschutz
der Industrie- und
Handelskammern
in NRW

„Die Zukunft der Energieversorgung muss zu einem gesellschaftlichen Anliegen werden. Ideologien – egal in welche Richtung – lähmen die Innovations- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deshalb brauchen wir eine offene Debatte in NRW.“

Klaus Th. Vetter, Vetter Holding GmbH, Siegen
Präsident der Industrie- und Handelskammer Siegen



3

Zehn Meilensteine

für eine kostengünstige und zukunftsfähige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen

1. **Durch stärkeren Einsatz heimischer Energieträger die Importabhängigkeit reduzieren:** NRW verfügt wie kein anderes Bundesland über große eigene Energiequellen. Das sind Braun- und Steinkohle. In zunehmendem Maße stehen aber auch regenerative Energien aus Wind, Wasser und Sonne sowie Biomasse/Biogas bereit. Die konsequente Nutzung heimischer Energieträger stärkt die Unabhängigkeit von Energieimporten. Deshalb müssen alle Optionen auf heimische Energieträger gesichert werden. >> Seite 11 f.
2. **Netz- und Kraftwerkskapazitäten zügig ausbauen:** Ohne Zusatz- und Ersatzinvestitionen drohen in NRW schon in naher Zukunft erhebliche Versorgungsengpässe. Dafür sind langfristig sichere Rahmenbedingungen zu entwickeln, die Planungs- und Rechtssicherheit für Investoren schaffen und zügige Investitionen ermöglichen. Die politisch Verantwortlichen müssen sich entschiedener für den Bau neuer Kraftwerke und bereits genehmigte Projekte einsetzen. >> Seite 12 f.
3. **CO₂-freie Energieerzeugung stärken:** Ohne Kernenergie sind die Klimaschutzziele der Bundesregierung nur mit einer unverhältnismäßig hohen Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Eine Verlängerung der Laufzeiten und die Option auf den Neubau von Kernkraftwerken neuester Technologien ist ebenso notwendig wie der Ausbau erneuerbarer Energien. Eine moderne Energiepolitik muss auf einen breiten Energiemix setzen. >> Seiten 11 f., 13 f., 21, 23
4. **Wettbewerb erhöhen und Marktzutritte erleichtern:** Um den internationalen Stromhandel zu erleichtern, müssen die Grenzübertragungsstellen schnellstens ausgebaut werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren für neue Kraftwerke sind zu beschleunigen: Künftig muss es in NRW im Regelfall möglich sein, mit dem Bau eines Kraftwerks nach einer höchstens dreijährigen Vorlaufzeit zu beginnen. Doppelzuständigkeiten und Entscheidungsverzögerungen zwischen Behörden müssen vermieden werden. >> Seite 17
5. **Ökosteuern abschaffen und Zusatzbelastungen senken:** Die staatlichen Strompreisbelastungen für die Wirtschaft sind zu hoch. Durch die Einführung des Emissionshandels ist zumindest die Ökosteuern überflüssig geworden und sollte zügig abgeschafft werden. Zumal die Rückvergütung der Ökosteuern mit einem unverhältnismäßig hohen Verfahrensaufwand verbunden ist. Auch der bürokratische Aufwand des Emissionshandels ist zu hoch und muss dringend reduziert werden. >> Seite 21 f.



Einnahmen aus klimapolitischen Instrumenten sinnvoll verwenden: Die Wirtschaft in NRW trägt zukünftig voraussichtlich den größten Teil der durch den Emissionshandel verursachten Kosten. Die Versteigerungserlöse dürfen nicht für sozialpolitische oder allgemeine politische Maßnahmen verwendet werden. Vielmehr sollten sie der Wirtschaft in NRW aufkommensgerecht zugutekommen oder für sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen in NRW eingesetzt werden. Auch dürfen die Mittel in anderen EU-Mitgliedstaaten nicht für wettbewerbsverzerrende Maßnahmen eingesetzt werden. [>> Seite 21](#)

6.

Energieforschung auf ausgewogenen Energiemix ausrichten: Nicht die einseitige Förderung politisch erwünschter Energien führt zu einer nachhaltigen Versorgungsstruktur. Aussichtsreicher ist vielmehr eine breit gefächerte Forschung. Vor allem bei der Erzeugung von Grundlaststrom sind die Kraftwerke auf Basis von Kohle, Gas und Kernkraft langfristig unverzichtbar. Dies muss auch bei der Erforschung optimierter Technologien zur Wirkungsgradverbesserung und der CO₂-Minderung berücksichtigt werden. Dazu gehört beispielsweise die Option auf die CCS-Technologie. Zudem müssen bei volatilen Energieträgern zügig neue Möglichkeiten zur Stromspeicherung entwickelt werden. [>> Seite 27](#)

7.

Weitergehende kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten durchsetzen: Durch die von der EU beschlossene Vollauktionierung drohen erhebliche Wettbewerbsnachteile, insbesondere für die Grundstoffindustrie und die Energiewirtschaft in NRW. Deshalb sollte die Bundesregierung die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten bei UN-Klimapfeln dringend einfordern. Gleichzeitig sollten die Spielräume der novellierten EU-Emissionshandelsrichtlinie im Interesse der deutschen Wirtschaft genutzt werden. Um die Belastungen zu minimieren, müssen die Ausnahmeregelungen und Befreiungen von der Vollauktionierung für die Industrie ausgeschöpft werden. Die Einnahmen aus der Versteigerung müssen der Wirtschaft bzw. dem Klimaschutz zugutekommen. [>> Seite 21](#)

8.

Dezentrale Energieerzeugung für Gewerbe- und Industriestandorte ermöglichen: Die Potenziale von KWK-Anlagen können insbesondere bei vorhandenen oder neuen wärmeintensiven Produktionsanlagen gehoben werden. Die Ausweisung potenzieller und auf die Siedlungsentwicklung abgestimmter KWK-Standorte sollte vordringlich berücksichtigt und umgesetzt werden. [>> Seite 13](#)

9.

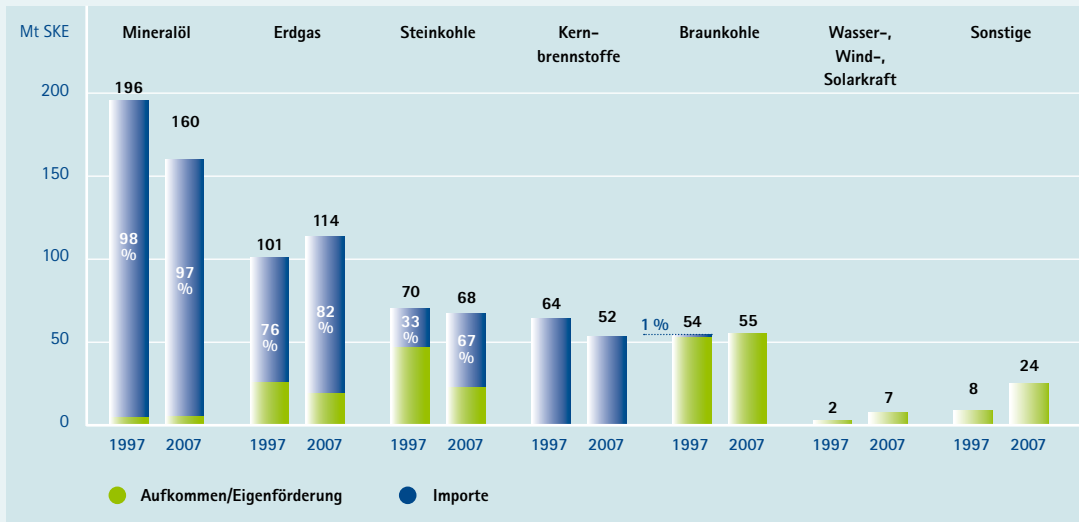
Informationen für Energieeffizienz systematisch ausbauen: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz senken betriebliche Energiekosten. Bestehende Informationsdefizite müssen bei privaten und gewerblichen Energieverbrauchern durch Beratungen und Öffentlichkeitsarbeit systematisch abgebaut werden. Das sollte gemeinsame Aufgabe von Politik, Industrie- und Handelskammern und Unternehmen sein. [>> Seite 29](#)

10.

4

Weltmärkte und Versorgungssicherheit

Deutschland ist abhängig von Energieimporten



WIE ES IST : 4.1. WELTWEIT WACHSENDE NACHFRAGE NACH KNAPPEN RESSOURCEN

Weltenergieserven sind endlich: Die nicht erneuerbaren Energieträger werden knapper und sind endlich. Das gilt insbesondere für Öl und Gas. Braun- und Steinkohle sowie Uran sind noch für längere Zeit verfügbar. Es wird zunehmend anspruchsvoller, die Energievorkommen abzubauen und zu fördern. Dadurch steigen die Förderkosten.

Weltweit steigende Nachfrage durch wachsende Volkswirtschaften: Insbesondere die Volkswirtschaften Chinas und Indiens wachsen besonders stark. Der Energieverbrauch ist in beiden Ländern spürbar angestiegen. Es wird erwartet, dass sich ihr Energiebedarf bis 2030 etwa verdoppeln wird.

Energiepreise werden weiter steigen: Aufgrund wachsender Nachfrage und knapper werdender Ressourcen steigen die Preise für viele Energieträger langfristig weiter an. Unklar ist das Ausmaß der Effekte strategischer Spekulationen an den Rohstoffbörsen auf die Preise.

Europa und Deutschland sind abhängig von Energieimporten: Die EU importiert heute fast 80 Prozent des benötigten Öls und ca. 40 Prozent des Gases. Bis 2020 wird ein weiterer Anstieg erwartet: Bei Öl wird die Importabhängigkeit auf über 90 Prozent und bei Gas auf über 70 Prozent steigen.

Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas wächst: 37 Prozent der Gasimporte stammen aus Russland. Dieser Wert könnte bis 2020 deutlich ansteigen. Zusammen mit dem Iran und Katar verfügt es über mehr als die Hälfte der weltweiten Gasreserven.

IMPORTABHÄNGIGKEIT REDUZIEREN UND AUF BREITEN ENERGIEMIX SETZEN
WIE ES SEIN SOLLTE

Versorgungssicherheit ist eine elementare Voraussetzung für die Wirtschaft in NRW. Die Energieversorgung zu sichern geht einher mit der Wahl politisch stabiler Bezugsländer, der Diversifizierung der Energieträger, der Reduktion der Importabhängigkeit und einer Sicherung der Option auf heimische Energieträger sowie einem effizienten Umgang mit Energie.

Außenpolitische Rahmenbedingungen stabilisieren: Hohe Abhängigkeiten von politisch instabilen Energielieferländern und von wenigen Energieträgern gefährden die deutsche Versorgungssicherheit. Die Sicherung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern sollte außenpolitisch weiter an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig sollten internationale Schlichtungsverfahren entwickelt werden, in die die Vereinten Nationen und die internationale Energieagentur eingebunden sind, um Energieträger und -transporte in Krisenfällen zu sichern.

Energieträger und -transporte geostrategisch diversifizieren: Internationale Transitleitungen, wie beispielsweise Gaspipelines und Stromleitungen, sind ein wichtiger Zugang zur Energie. Der Bau neuer Transportkapazitäten sollte zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten von Durchleitungsländern und zur Erschließung neuer Lieferanten genutzt werden. Neue Gasbezugsquellen können auch über den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) erschlossen werden. Die geo-

strategische Analyse zur Diversifizierung von Lieferländern und Transitrouten muss an Bedeutung gewinnen.

Planungssicherheit für Investoren schaffen: NRW braucht eine sachliche Energiepolitik, die die Voraussetzung für den Einsatz eines breiten Energiemixes schafft. Dafür sind langfristig sichere Rahmenbedingungen zu entwickeln, die Planungssicherheit für Investoren schaffen und die NRW-Kompetenzen der Energieforschung sichern.

Auf heimische Energieträger setzen: Importabhängigkeit zu reduzieren heißt vor allem, heimische Energieträger zu nutzen. Das sind insbesondere Braun- und Steinkohle, aber auch regenerative Energieträger aus Wind, Wasser und Sonne sowie Biomasse/Biogas. Die energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen sollten so gestaltet werden, dass eine wirtschaftlich sinnvolle und strategisch angemessene Nutzung der heimischen Energieträger sichergestellt ist und alle Optionen offengehalten werden.

Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

„Alle Energieträger – von der heimischen Braunkohle bis zur Kernenergie – müssen international die gleichen Wettbewerbsbedingungen haben. Unser Ziel ist, die Kostennachteile der deutschen Wirtschaft abzubauen.“

Wilhelm Werhahn, Wilh. Werhahn KG, Neuss
Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein Krefeld-Mönchengladbach-Neuss



„Versorgungssicherheit ist eine elementare Voraussetzung für die Wirtschaft in NRW. Die konsequente Nutzung heimischer Energieträger stärkt die Unabhängigkeit von Energieimporten. Außenpolitische Rahmenbedingungen müssen stabilisiert, Energieträger und -transporte geostrategisch diversifiziert werden.“

Hans Dieler, Textilhaus Dieler GmbH & Co. KG, Gelsenkirchen
Präsident der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen



WIE ES IST : 4.2. ZU WENIG INVESTITIONEN IN ANLAGEN UND NETZE

Geplante Neuinvestitionen
in Übertragungsnetze bis 2015

Vorrangiger Verbundplan und dena-Netzstudie I

1	Hamburg/Nord-Dollern	45 km
2	Halle-Schweinfurt	220 km
3	Neuenhagen-Bertikow/Vierraden	110 km

Nur Vorrangiger Verbundplan

4	Bertikow/Vierraden- Krajnik (PL)	15 km
5	Hamburg/Kümmel-Schwerin	90 km
6	Kasso (DK)-Hamburg/Nord	170 km
7	Preilack-Baczyna (PL)	65 km

Nur dena-Netzstudie I

8	Diele-Niederrhein	200 km
9	Wahle-Mecklar	190 km
10	Ganderkesee-Wehrendorf	80 km

Neubau Trassen gesamt		1.185 km
-----------------------	--	----------

Stromnetz weist Engpässe auf und ist teilweise erneuerungsbedürftig: Schon heute belasten zunehmender Stromhandel, Transit, Einspeisung erneuerbarer Energien und ein steigender Anteil dezentraler Erzeugung die Stromnetze zusätzlich. Weitere Engpässe werden durch geplante Offshore-Windanlagen und die regionale Verdichtung konventioneller Kraftwerke erwartet.

Kraftwerke sind erneuerungsbedürftig: Mehr als zwei Drittel des Kraftwerksparks sind älter als 20 Jahre. Ohne Zusatz- und Ersatzinvestitionen drohen schon in naher Zukunft trotz bestehender Kraftwerksplanungen beachtliche Versorgungsengpässe. Verstärkt wird diese Entwicklung derzeit durch den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie.

Hindernisse für Investitionen in Netze sind hoch:

Die Planungs- und Genehmigungsphase für den Bau neuer Netze dauert bis zu 10 Jahre. Diese Vorlaufzeiten erschweren eine zeitnahe Reaktion auf entstehende Engpässe. Dadurch haben die Netzbetreiber geringere Anreize, ihre Netze vorausschauend auszubauen.

Fehlende Abstimmung zwischen Kraftwerksplanung und Netznutzung:

Neue Kraftwerke bzw. Energieerzeugungsanlagen genießen einen privilegierten Zugang zu den Netzen. Daraus entstehende Kapazitätsengpässe sind vom Netzbetreiber auszugleichen. Die KraftNAV setzt keine Anreize zur Vermeidung von Engpässen.

Geringe Akzeptanz für Investitionen in Übertragungsnetze und Kraftwerke:

Neue Freileitungen werden von Bürgern und der Öffentlichkeit häufig nicht hingenommen. Auch der Aus- und Neubau von Kraftwerken ruft Widerstände hervor.



„Unsere Wirtschaft muss sich auf eine sichere Energieversorgung verlassen können. Deshalb braucht die Energiewirtschaft verlässliche energie- und klimapolitische Rahmenbedingungen, um neue Kraftwerke mit erheblich verbesserten Wirkungsgraden planen und bauen zu können.“

Udo Dolezych, Westdeutsche Drahtseil-Verkauf Dolezych GmbH & Co. KG, Dortmund
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

NETZE AUSBAUEN UND KRAFTWERKSKAPAZITÄTEN ERWEITERN

: WIE ES SEIN SOLLTE

Die Funktionsfähigkeit der Stromnetze ist für die Versorgungssicherheit unerlässlich. Daher müssen sie an künftige Anforderungen angepasst und ihre Sicherheit erhöht werden. Ebenso müssen die Kraftwerke bedarfsgerecht erneuert und ggf. ersetzt werden, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.

Attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in Netze schaffen: Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau neuer Netze müssen auf maximal fünf Jahre verkürzt werden. Die Anreizregulierung muss Neuinvestitionen nachhaltig begünstigen.

Qualität der Netze weiterhin sichern: Bei der Ausgestaltung der Qualitätsregulierung innerhalb der Anreizregulierung ist auch in Zukunft höchstmögliche Qualität der Netze sicherzustellen. Daher sollte die Bundesnetzagentur einen Qualitätsfaktor in die Anreizregulierung integrieren.

Bau von Kraftwerken mit verbesserten Wirkungsgraden vorantreiben: Bei der Planung neuer Kraftwerke ist stets der technologische Stand mit Blick auf den Wirkungsgrad zu berücksichtigen.

Netzausbau und Kraftwerksplanung muss frühzeitig abgestimmt werden: Um eine bessere Koordination von Stromeinspeisung und verfügbarer Netzkapazität zu erreichen, sollten Netzbetreiber und Kraftwerksbauer frühzeitig eine gemeinsame Planung vornehmen. Die Informations- und Transparenzvorgaben der KraftNAV müssen umgesetzt werden.

Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken: Nicht nur mit Blick auf die prognostizierte Kapazitätslücke in der Stromversorgung müssen die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängert werden. Das ist auch eine wirksame Option, um Energiepreise zu stabilisieren und zusätzliche CO₂-Emissionen zu vermeiden. In diesem Fall ist zu prüfen, inwiefern ein Teil der den Energieversorgern zufließenden zusätzlichen Erlöse z.B. zugunsten der Forschung für neue Kraftwerkstechnologien und zur Entlastung der Verbraucher (Ökosteuer, EEG-Umlage) eingesetzt werden können, ohne in die Preisbildung einzugreifen. Grundsätzlich ist auch der Neubau von Kernkraftwerken neuester Technologien zu erwägen.

Gesetzes- und Verfahrensänderungen verlässlich gestalten: Investitionsentscheidungen im Bereich der Stromerzeugung dürfen durch nachträglich eingeführte Regelungen nicht gefährdet werden. Investoren müssen mit berechenbaren Rahmenbedingungen planen können.

Ausbau erneuerbarer Energien notwendig: Um mehr Unabhängigkeit von Erdöl- und Gasimporten zu erreichen, ist der Ausbau erneuerbarer Energien und die stärkere Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung erforderlich. Auf konventionelle Kraftwerke kann künftig nicht verzichtet werden, da sie einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Zudem gleichen sie in ihrer „Stand-by-Funktion“ die schwankenden und schwer prognostizierbaren Einspeisungen aus erneuerbaren Energien aus.

Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausbauen: Im Rahmen von hocheffizienten KWK-Anlagen kann dezentral und umweltschonend versorgt werden. Das gilt insbesondere für erhebliche Wärmemengen (Wärmesenken), die in Produktionsprozessen entstehen. Durch solche bedarfsgerechten und effizienten Kraftwerke wird die Versorgungssicherheit gestärkt.

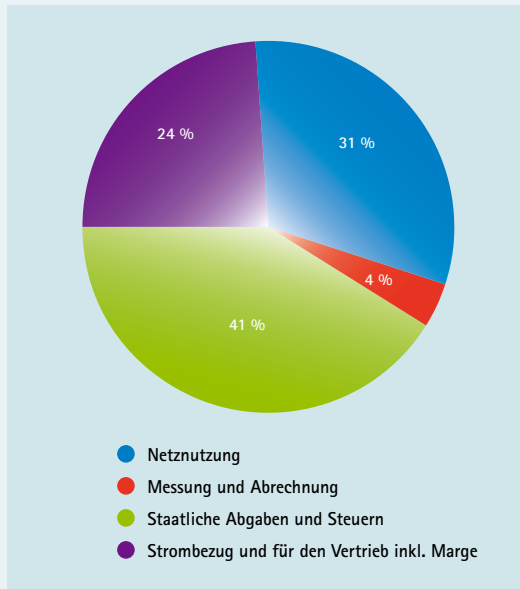
Wettbewerb bei regionaler Gasversorgung erhöhen: Derzeit existiert in Nordrhein-Westfalen in weiten Teilen nur ein Erdgasnetz mit L-Gas-Qualität. Viele externe konkurrierende Angebote basieren dagegen auf der H-Gas-Qualität. Zur Stärkung des Wettbewerbs im Gasmarkt muss deshalb das H-Gas-Netz in NRW dringend ausgebaut werden.

Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

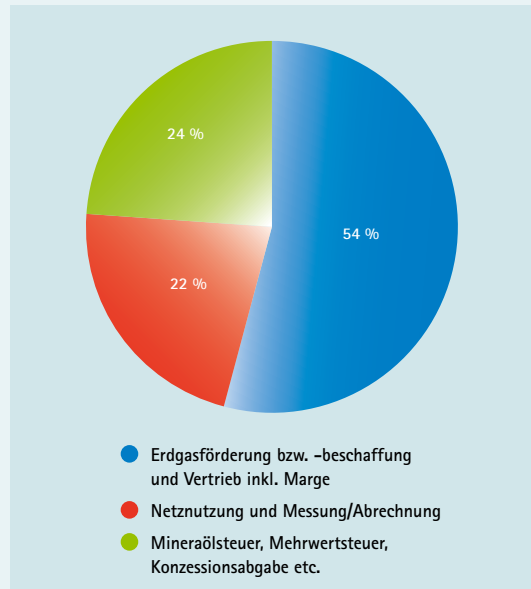
5

Wettbewerb und Energiemarkt

Kostenbestandteile des Strompreises



Kostenbestandteile des Gaspreises



WIE ES IST : 5.1. STROM- UND GASPREISE: NETZKOSTENBESTANDTEILE ERHEBLICH

Strom- und Gasnetze gehören zu den natürlichen Monopolen: Je größer das Netz, d.h., je mehr Verbraucher angeschlossen sind, umso günstiger können die meist fixen Netzkosten auf alle Nutzer verteilt werden. Ein paralleler Betrieb von mehreren Netzen in einem Gebiet ist im Allgemeinen ineffizient, weil die Kosten dann nur auf wenige Verbraucher verteilt werden können.

Strom- und Gasnetze sind in der Hand der Energieversorger: Die Übertragungsnetze befinden sich im Besitz der großen Energieversorger. Die lokalen Strom- und Gasnetze gehören oft kommunalen Energieanbietern.

Preise der Netznutzung sind keine Wettbewerbspreise: Zwischen den Netzbetreibern herrscht kein Wettbewerb. Wer Strom oder Gas zum Verbraucher bringen will, muss das Netzentgelt akzeptieren. Einige Betreiber haben zumindest in der Vergangenheit Gewinne erzielt, die sie nicht nur für Investitionen in die Netze verwendeten. Deshalb hat die Bundesnetzagentur die Nutzungsentgelte in zwei Schritten gesenkt.

Regulierung setzt Anreize, Effizienzgewinne weiterzugeben: Fortschritte im Netzbetrieb senken die Netzkosten. Durch die Monopolstellung gab es in der Vergangenheit kaum Anreize, effizienter zu werden

und die erzielten Vorteile in sinkende Netzpreise einfließen zu lassen. Mittlerweile sorgt die Bundesnetzagentur dafür, dass die Effizienzgewinne teilweise an die Verbraucher weitergegeben werden.

Am 1. Januar 2009 ist die Anreizregulierung gestartet: Um die Netzbetreiber zu mehr Effizienz anzuregen und die Netzpreise zu senken, startet die Bundesnetzagentur mit der Regulierung. Nach Ermittlung der Netzkosten wird den Betreibern künftig eine Erlösbegrenzung vorgeschrieben. Wer investiert und Effizienzgewinne erzielt, darf einen höheren Erlös erzielen.

Baukostenzuschüsse und Konzessionsabgaben sind beachtliche Kostenbestandteile: Die Netzbetreiber verlangen für den Netzausbau Baukostenzuschüsse. Die Kommunen erhalten Konzessionsabgaben für die Gewährung von Durchleitungsrechten.

Energiepreise finanzieren Daseinsvorsorge: Bei kommunalen Energieversorgern ist ein steuerlicher Querverbund mit Unternehmen erlaubt, die Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen. Damit finanzieren die Energieverbraucher in manchen Gemeinden beispielsweise Aufwendungen für den öffentlichen Personennahverkehr und kommunale Schwimmbäder mit.

INEFFIZIENZEN BESEITIGEN UND NETZENTGELTE OPTIMIEREN

: WIE ES SEIN SOLLTE

Um die Kosten der Netznutzung an den Strom- und Gaspreisen zu senken, braucht Deutschland eine wirksame Anreizregulierung. Aufgrund von Ineffizienzen überhöhte Netzentgelte können von den Energieverbrauchern nicht mehr hingenommen werden.

Anreizregulierung muss technische Qualität der Netze sichern: Schon geringe Ausfallzeiten sind in sensiblen Produktionsprozessen nicht hinnehmbar. Investitionen in die Qualität der Netze müssen weiterhin gezielt vorgenommen werden.

Anreizregulierung muss sich bewähren: Wenn sich die Anreizregulierung bewährt, kann auf eine eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Betrieb verzichtet werden.

Berechnungsmethoden für die Anreizregulierung einheitlich gestalten: Es darf nicht sein, dass sich die Bundesnetzagentur für Netzbetreiber von zwei möglichen Berechnungsmethoden und zwei möglichen Kostenbasen die für diese günstigste Kombination aussucht. Die Bundesnetzagentur sollte in einer künftigen Novelle zu einem einheitlichen, transparenten und nachvollziehbaren Verfahren und damit zu vergleichbaren Ergebnissen kommen.

Der generelle Produktivitätsfaktor ist zu optimieren: Der in der Anreizregulierung vorgesehene Produktivitätsfaktor sollte sich an international üblichen Werten zum allgemeinen technischen Fortschritt orientieren. Das könnte Aufgabe einer künftigen Novelle der Verordnung zur Anreizregulierung sein.

Verringerung der Marktgebiete im Gasnetz dringend erforderlich: Allein im deutschen Gasnetz gibt es derzeit 12 Marktgebiete. Das verursacht zusätzlichen Aufwand, der durch eine entsprechende Verringerung der Marktgebietsanzahl vermeidbar wäre. Die Marktgebiete verhindern zudem einen funktionsfähigen Wettbewerb im Gasmarkt.

Konzessionsabgaben wirtschaftlich gestalten: Durchleitungsrechte sollten an ihren wirtschaftlichen Werten bemessen werden. Die Konzessionsabgabenverordnung sollte entsprechend angepasst werden.

Steuerlichen Querverbund abschaffen: Aufgaben der Daseinsvorsorge sollten nur über originäre kommunale Einnahmen finanziert werden. Eine Mitfinanzierung durch höhere Energiepreise der kommunalen Versorger ist nicht länger hinnehmbar.

: Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

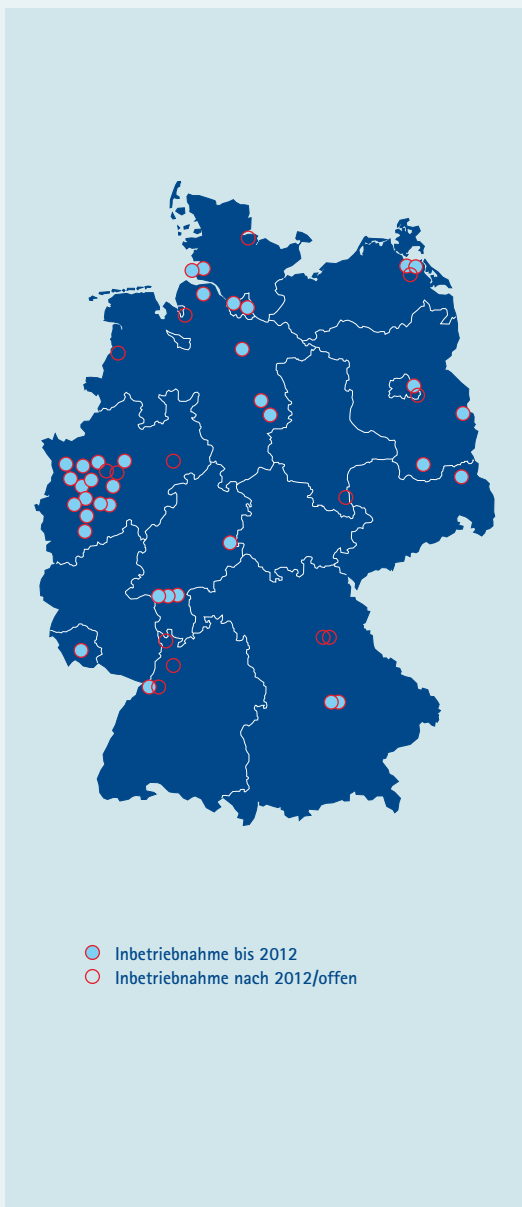
„Die deutsche Wirtschaft muss für zahlreiche energiepolitische Instrumente zahlen: EEG, KWK, EnergieEffG, StromSt und CO₂-Emissionshandel. Es ist dringend notwendig, diese Maßnahmen zu überprüfen und energieintensive Unternehmen davon auszunehmen, um Doppelbelastungen abzuschaffen. Andernfalls ist die industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland gefährdet.“

Ernst-Michael Hasse, Schwering & Hasse Elektrodraht GmbH, Lügde
Präsident der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold



WIE ES IST : 5.2. STROMMARKT: HOHE EINTRITTSBARRIEREN FÜR DRITTANBIETER

Mehr Wettbewerb durch zusätzliche Kraftwerkskapazitäten?



Stromerzeugung – Zahl und Marktanteile von Anbietern sind transparent: Vier große Erzeuger mit über 80 Prozent Marktanteil, zahlreiche Stadtwerke und einige private Unternehmen mit eigenen Kraftwerken kennzeichnen die Situation in Deutschland. Zwei Unternehmen aus NRW sind an der Erzeugung, an Übertragungsnetzen und etlichen Verteilernetzen für den Vertrieb von Strom im erheblichen Maße beteiligt. Allerdings wachsen die europäischen Strommärkte zunehmend zusammen.

Geringer Einfluss von Verbrauchern auf Strompreise: Kurzfristig können Stromabnehmer auf Preiserhöhungen nicht mit einer Verbrauchssenkung reagieren. Händler und Weiterverteiler sind aufgrund fehlender Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, Spitzen auszugleichen.

Marktzutritte sind in der Regel nur für finanzstarke Drittanbieter attraktiv: Auskömmliche Renditen locken Investoren an. Um die Preisabhängigkeit von externen Anbietern zu verringern und ihre Versorgungssicherheit zu erhöhen, planen viele Stromabnehmer eigene Erzeugungskapazitäten. In NRW sind zurzeit 17 Kraftwerke in Planung. Marktzutritte erfordern aber eine erhebliche Finanzkraft.

Risiken für die Kraftwerksplanung sind erheblich: Der Kraftwerksbau setzt zum Teil bis zu zehn Jahre dauernde und teure Planungs- und Genehmigungsverfahren voraus. Änderungen der Gesetzeslage und Rahmenbedingungen müssen stets flexibel berücksichtigt werden. Besondere Unwägbarkeiten ergeben sich aus kommunalpolitischen Interessen und gesellschaftlichen Überzeugungen.

Die Möglichkeiten für Stromimporte sind begrenzt: Die Übertragungsnetze lassen eine Belieferung aus dem Ausland nur eingeschränkt zu. Zahl und Kapazitäten der Grenzübertragungsstellen (Kuppelstellen) reichen nicht aus.



„Für neue Energieanbieter ist der Eintritt in den Strommarkt oftmals schwierig. Für mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten brauchen wir neue Anbieter. Dazu müssen die bestehenden Gesetze überprüft werden, ob sie geeignet sind, Newcomern eine Chance zu geben.“

Ralf Kersting, Olsberg Hermann Everken GmbH, Olsberg
Präsident der Industrie- und Handelskammer Arnsberg

MARKTZUTRITT ERLEICHTERN UND WETTBEWERB ERHÖHEN

: WIE ES SEIN SOLLTE

Um noch mehr Wettbewerb im Strommarkt zu erreichen, muss der Marktzutritt auch für weniger finanzstarke Anbieter erleichtert werden. Das Umfeld für Investitionen in Kraftwerke muss verbessert werden. Auch sollte der Stromhandel mit dem Ausland künftig durch den Ausbau weiterer Kuppelkapazitäten erleichtert werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren

beschleunigen: Künftig muss es in NRW im Regelfall möglich sein, mit dem Bau eines Kraftwerks nach einer höchstens dreijährigen Vorlaufzeit zu beginnen. Doppelzuständigkeiten und Entscheidungsverzögerungen zwischen Behörden müssen vermieden werden.

Gesetzes- und Verfahrensänderungen verlässlich

gestalten: Investitionsentscheidungen im Bereich der Stromerzeugung dürfen durch nachträglich eingeführte Regelungen nicht gefährdet werden. Investoren müssen mit berechenbaren Rahmenbedingungen planen können.

Fairen Netzanschluss und Netzzugang für „echte

Newcomer“ überprüfen: Es sollte geprüft werden, inwiefern die bestehende Gesetzeslage (§ 7 KraftNAV) sich tatsächlich dazu eignet, neuen Anbietern den Marktzutritt zu erleichtern.

Kuppelstellenkapazität binnen drei Jahren

erhöhen: Um ausländischen Stromanbietern den Zugang zur Stromversorgung in Deutschland und deutschen Unternehmen Importe zu erleichtern, müssen die Grenzübertragungsstellen schnellstens ausgebaut werden. Die Netzbetreiber müssen nachweisen, dass sie die Voraussetzungen für einen europäischen Handel schaffen.

Vorbehaltlose Diskussion als Voraussetzung

für den Kraftwerksbau: In den Kommunen muss in allen gesellschaftlichen Bereichen eine sachliche Diskussion über eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung geführt werden. Die politisch Verantwortlichen dürfen nicht ad hoc den Begehren von Bürgerinitiativen nachgehen und müssen sich entschieden für den Bau neuer Kraftwerke und bereits genehmigte Projekte einsetzen.

: Folgende Leitlinien müssen das **energiepolitische Handeln** bestimmen

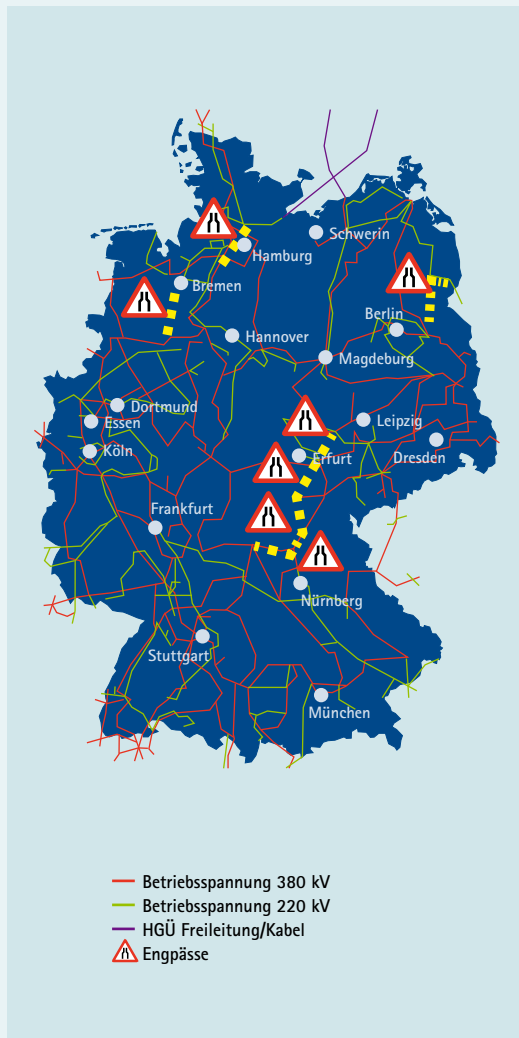
„Energiepreise sind ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft in NRW. Für marktgerechte Preise brauchen wir international mehr Wettbewerb und den europäischen Ausbau der Netze.“

Friedhelm Sträter, ESU Eichenauer Sträter Umformtechnik GmbH, Solingen
Präsident der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid



WIE ES IST : 5.3. LEITUNGSENGPÄSSE IM ÜBERTRAGUNGSNETZ

Engpässe im Stromnetz nehmen zu



Leitungsengpässe nehmen drastisch zu: Engpässe entstehen, wenn die angeforderte Strommenge die Kapazität der Stromnetze übersteigt. Vor den Engpässen erzeugende konventionelle Kraftwerke müssen zurückgefahren werden. Nicht durchleitbare Energiemengen werden häufig von teuren Kraftwerken hinter den Engpässen erzeugt. Diese Probleme werden durch den Einspeisungsvorrang regenerativer Energien noch erheblich verschärft.

Nord-Süd-Gefälle bei Energieerzeugung verschärft die Engpassbildung: In Norddeutschland sind zahlreiche konventionelle Kraftwerke und Off-Shore-Windkraftanlagen geplant. Die großen Verbraucher sind jedoch schwerpunktmäßig im Westen und im Süden angesiedelt. Für diese Entwicklung ist das Stromnetz bislang nicht ausgelegt – weitere Engpässe sind vorprogrammiert.

Kosten des Engpassmanagements erhöhen den Strompreis: Die vier Übertragungsnetzbetreiber steuern die Drosselung der Kraftwerke vor den Engpässen und die Zuschaltung der Erzeugungsanlagen dahinter. Die Kosten werden auf die Netznutzungsentgelte umgelegt. Dieses Verfahren (Redispatching) erzeugt zu wenig allokativen Anreize für Kraftwerksneubauten oder Netzerweiterungen.

Lastmanagement ist nur eingeschränkt nutzbar: In Abstimmung mit Übertragungsnetzbetreibern schalten Industriebetriebe zur Vermeidung von Engpässen einzelne Maschinen oder Anlagen gegen eine Vergütung ab. Um die Last hinreichend schnell und erheblich zu reduzieren, kommen dafür nur bestimmte Unternehmen infrage.



„Für die zukünftige Energieversorgung ist der Ausbau des innerdeutschen Netzes notwendig. Nur so können Leitungsengpässe vermieden werden. Auch das Nord-Süd-Gefälle bei der Energieerzeugung trägt zur Engpassbildung bei.“

Gerd Pieper, Gerhard Pieper GmbH, Herne
 Präsident der Industrie- und Handelskammer im mittleren Ruhrgebiet zu Bochum

ENGASSMANAGEMENT OPTIMIEREN UND -KOSTEN SENKEN

WIE ES SEIN SOLLTE

Die Kosten des bestehenden Engpassmanagements müssen durch marktorientierte Mechanismen reduziert werden. Um künftige Engpässe zu vermeiden, ist es erforderlich, Anreize für Investitionen in Netze und Kraftwerke zu setzen.

Ausbau von Offshore-Windparks und Übertragungsnetzen koppeln: Zeitgleich mit der Erschließung der Hochleistungs-Windparks muss auch die Erweiterung der Übertragungsnetze im Inland erfolgen. Nur durch eine enge Verzahnung dieser Vorhaben werden zusätzliche Engpässe erst gar nicht entstehen.

Markante Nord-Süd- und Nord-West-Engpässe vordringlich beseitigen: Bis spätestens 2010 müssen die wesentlichen Engpässe durch die Erweiterung bzw. den Ausbau des Verbundnetzes beseitigt werden. Das gesamte Verbundnetz ist entsprechend der von der Deutschen Energieagentur erarbeiteten zeitlichen Staffelung auszubauen. Damit werden weitere, sich bereits abzeichnende Engpässe vermieden oder eingeschränkt.

Energieverbrauchende Unternehmen stärker in Lastmanagement einbinden: Bislang steht die Mitwirkung beim Lastmanagement nur den Teilnehmern am Regelenergiemarkt – also nur wenigen Unternehmen mit hinreichender produktionstechnischer Flexibilität – zur Verfügung. Die Öffnung für weitere Teilnehmer führt zu mehr Flexibilität und höherer Inanspruchnahme. Überbetriebliche Kooperationen verschaffen überdies auch mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit zur Mitwirkung beim Lastmanagement (Poolbildung).

Folgende Leitlinien müssen das **energiepolitische Handeln** bestimmen

„Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, ist gerade die chemische Industrie in Deutschland und Nordrhein-Westfalen auf eine kostengünstige und sichere Energieversorgung angewiesen.“

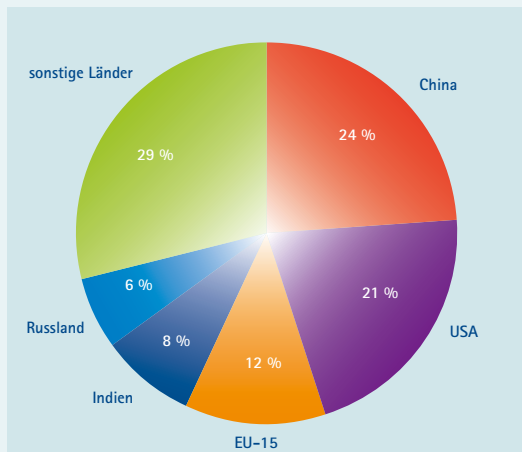
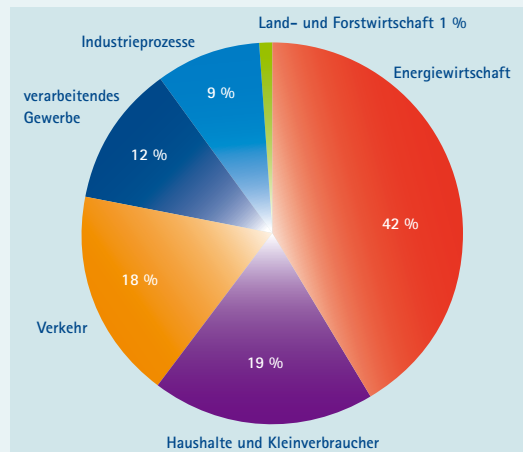
Prof. Dr. Ulrich Lehner, Henkel AG & Co. KGaA, Düsseldorf
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf



6

Energie- und Klimapolitik

Der Anteil Deutschlands an den weltweiten CO₂-Emissionen liegt bei ca. 3 Prozent, während der Anteil von China und den USA 24 bzw. 21 Prozent beträgt.

CO₂-Emissionen weltweit 2007CO₂-Emissionen Deutschland 2006

WIE ES IST : 6.1. AKTUELLE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK GEFÄHRDET WIRTSCHAFTSSTANDORT

EU-Aktionsplan von 2007 verfolgt ehrgeizige

Ziele: Bis 2020 soll erreicht werden:

- 20 Prozent Verringerung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990;
- 20 Prozent Anteil erneuerbarer Energien an Endenergieverbrauch;
- 20 Prozent Steigerung der Energieeffizienz.

Diese Ziele werden konkretisiert in Richtlinien zum Emissionshandel, zum Einsatz erneuerbarer Energien und zu Energiedienstleistungen. Die Richtlinien sind von allen EU-Mitgliedstaaten verbindlich in nationales Recht umzusetzen.

Deutsche Politik will die EU-Ziele „übererfüllen“:

Mit dem „Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm des Bundes“ (IEKP) sollen u.a. folgende Ziele bis 2020 erreicht werden:

- 40 Prozent Verringerung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990;
- 25 bis 30 Prozent Anteil erneuerbarer Energien bei Strom;
- Verdoppelung der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität gegenüber 1990.

Geplante Klimaschutzmaßnahmen belasten die Wirtschaft zusätzlich:

Allein durch das IEKP werden Zusatzkosten ab 2015 von ca. 30 Milliarden Euro pro Jahr erwartet. Zudem werden auf die deutsche Wirtschaft infolge der Novellierung der EU-Emissionshandelsrichtlinie Kosten in Milliardenhöhe zukommen. Allein die Stromkosten werden sich um bis zu 50 Prozent erhöhen.

Politische CO₂-Vermeidungsstrategien vernachlässigen die Vermeidungskosten:

Die CO₂-Vermeidungskosten sind im Bereich der Wärmedämmung sehr gering. Politische Instrumente sind derzeit nicht auf die ökonomisch sinnvollsten Vermeidungsmöglichkeiten ausgerichtet.



„Durch die von der EU beschlossene Auktionierung von Emissionsrechten drohen Unternehmen in ganz NRW erhebliche Wettbewerbsnachteile. Der Niederrhein als Europas Stahlstandort Nr. 1 ist als eine der energieintensivsten Regionen Deutschlands davon besonders betroffen. Wir fordern daher weiter die kostenlose Zuteilung von Emissionshandelszertifikaten.“

Thomas Hüttemann, HUETTEMANN GmbH, Duisburg
Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer
Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg

Die Energie- und Klimapolitik in Europa und Deutschland muss die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Unternehmen benötigen dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Einseitige und überzogene Forderungen gefährden den Wirtschaftsstandort und damit Arbeitsplätze.

Klimaschutz muss global erfolgen: Alle Länder, die große Mengen CO₂ emittieren, müssen beteiligt werden. Eine Insellösung für Europa oder Deutschland ist abzulehnen, denn: CO₂-Minderungsmaßnahmen müssen dort stattfinden, wo sie besonders kosteneffizient umgesetzt werden können. Alle Energieträger müssen unter gleichen Bedingungen im internationalen Wettbewerb stehen. Heimische Energieträger dürfen nicht einseitig belastet werden, weil dadurch die Abhängigkeit von Energieimporten noch erhöht wird.

CO₂-freie Energieerzeugung stärken: Ohne Kernenergie sind die Klimaschutzziele der Bundesregierung nur mit einer unverhältnismäßig hohen Belastung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ist notwendig, um zusätzliche CO₂-Emissionen zu vermeiden. Die Forschung für CO₂-freie Energieerzeugung ist zu verstärken.

Weitergehende kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten durchsetzen: Durch die von der EU beschlossene Vollauktionierung drohen erhebliche Wettbewerbsnachteile, insbesondere für die Grundstoffindustrie und die Energiewirtschaft in NRW. Deshalb sollte die Bundesregierung die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten bei UN-Klimagipfeln dringend einfordern. Gleichzeitig sollten die Spielräume der novellierten EU-Emissionshandelsrichtlinie im Interesse der deutschen Wirtschaft genutzt werden. Um die Belastungen zu minimieren, müssen die Ausnahmeregelungen und Befreiungen von der Vollauktionierung für die Industrie ebenso ausgeschöpft werden wie die Möglichkeiten zur Förderung der Energiewirtschaft. Die Einnahmen aus der Versteigerung müssen der Wirtschaft bzw. dem Klimaschutz zugutekommen.

Einnahmen aus klimapolitischen Instrumenten sinnvoll verwenden: Die Einnahmen aus Emissionshandel und Ökosteuer sollten der Wirtschaft in NRW zugutekommen oder zur Finanzierung der bereits beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen in NRW eingesetzt werden. Damit dürfen keine sozialpolitischen oder allgemeinen politischen Maßnahmen finanziert werden. Auch sollten die Versteigerungserlöse in anderen EU-Mitgliedstaaten nicht für wettbewerbsverzerrende Maßnahmen eingesetzt werden.

Emissionshandel unbürokratisch und mittelstandsfreundlich gestalten: Für Unternehmen, die von der Teilnahmepflicht am Emissionshandel befreit werden (Opt-out-Regelung), müssen die vorgesehenen Ersatzmaßnahmen ab 2013 EU-weit einheitlich sein, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Zudem dürfen die Unternehmen nicht übermäßig wirtschaftlich und bürokratisch belastet werden.

Internationale Projekte müssen berücksichtigt werden: Projektbezogene Gutschriften „Joint Implementation“ und „Clean Development Mechanism“ müssen in voller Höhe für die emissionshandelspflichtigen Unternehmen anrechenbar sein.

Ökosteuer abschaffen und Zusatzbelastungen senken: Die staatlichen Strompreisbelastungen für die Wirtschaft sind zu hoch. Durch die Einführung des Emissionshandels ist zumindest die Ökosteuer überflüssig geworden und sollte zügig abgeschafft werden. Zumal die Rückvergütung der Ökosteuer mit einem unverhältnismäßig hohen Verfahrensaufwand verbunden ist. Auch der bürokratische Aufwand des Emissionshandels ist zu hoch und muss dringend reduziert werden.

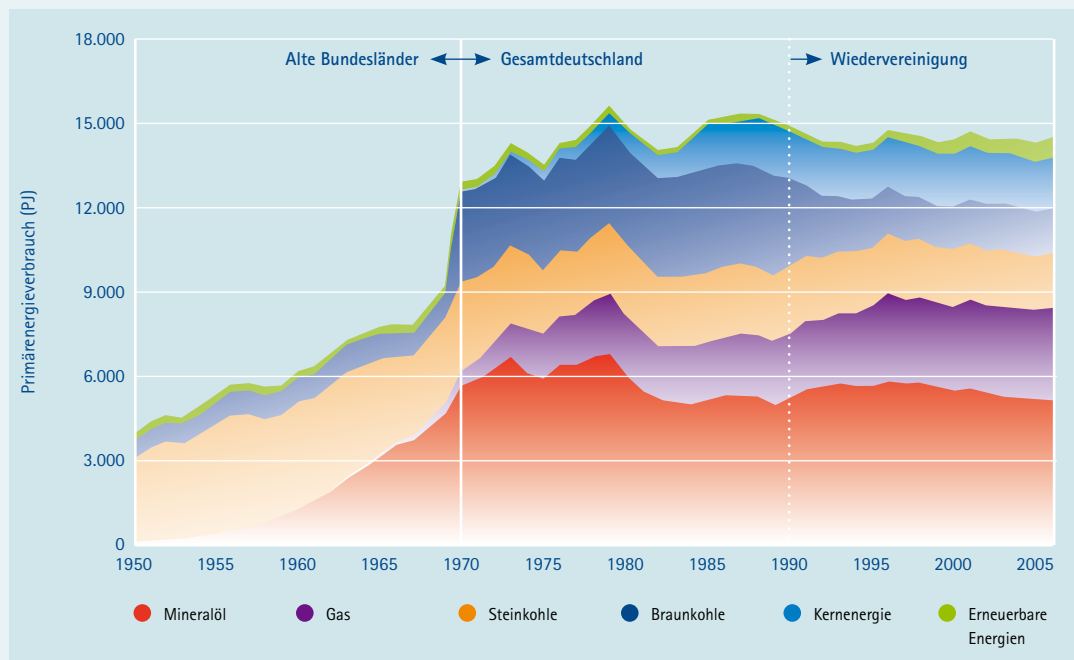
Anreize für Energieeffizienzmaßnahmen bei Gebäuden schaffen: Auf den Gebäudebereich entfallen ca. 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Hier bieten sich gleichzeitig die größten wirtschaftlich erschließbaren Einsparpotenziale. Daher müssen verstärkt Investitionsanreize zur Erschließung von Effizienzpotenzialen in Gebäuden angeboten werden.

Lösungen zur CO₂-Speicherung entwickeln: Zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage – CCS) sollte bald ein praktikabler Rechtsrahmen in Deutschland und die öffentliche Akzeptanz geschaffen werden. Es sollte geprüft werden, ob für geplante Demonstrationsanlagen auch Teile der Erlöse des CO₂-Handels bereitgestellt werden können.

: Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

7 Energiemix

Der deutsche Energiemix verändert sich kontinuierlich



WIE ES IST : 7.1. MARKT UND POLITIK BESTIMMEN ENERGIEMIX

Energiemix berücksichtigt alle Energieträger:

Derzeit hat Deutschland einen Energiemix, der sich auf die Primärenergieträger Erdöl (36 Prozent), Kohle (23 Prozent), Erdgas (23 Prozent), Kernenergie (12 Prozent) und erneuerbare Energien (6 Prozent) stützt. Dies entspricht dem EU-Durchschnitt.

Preisentwicklungen und Politik haben Energiemix gestaltet:

Die Ölkrise von 1973 führte zu erhöhter Gasnachfrage und zum Ausbau der Kernenergie. Nach 1990 nahm infolge der Deindustrialisierung in Ostdeutschland die Braunkohleverstromung ab. Die erneuerbaren Energien wurden durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ausgebaut. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen.

NRW-Energiewirtschaft ist stark in Braun- und Steinkohle:

Die Energieunternehmen in NRW erzeugen 33 Prozent des deutschen Stroms. Hier werden 50 Prozent der deutschen Braun- und 90 Prozent der deutschen Steinkohle gefördert. Die NRW-Stromerzeugung setzt sich wie folgt zusammen: 43 Prozent Braunkohle, 35 Prozent Steinkohle, 10 Prozent Gas, 5 Prozent erneuerbare Energien, 7 Prozent sonstige Energien.

Erneuerbare Energien sind begrenzt grundlastfähig:

Windkraftwerke und Photovoltaik sind durch die fluktuierende Erzeugung nicht kontinuierlich verfügbar. Die Potenziale der Wasserkraft sind weitgehend ausgeschöpft. Die Nutzung der Biomasse steht zumindest teilweise in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Dennoch könnten erneuerbare Energien 20 Prozent und mehr zur Stromversorgung beitragen.

Kosten für erneuerbare Energien sind erheblich:

Die EEG-Kosten betragen für 2008 mehr als 5 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Zusätzlich fallen künftig jährlich indirekte Kosten (Netzanschluss, Netzausbau, Leitungsverluste etc.) von wenigstens 3,3 Milliarden Euro an.

CHANCEN DURCH VIELFÄLTIGEN ENERGIEMIX WAHREN

: WIE ES SEIN SOLLTE

Kein Energieträger kann isoliert eine wirtschaftliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung gewährleisten. Deshalb ist ein möglichst breiter Energiemix aus heimischen und importierten Energieträgern erforderlich.

Heimische Energieträger sind unverzichtbar:

Die Nutzung heimischer Energiequellen wie Stein- und Braunkohle, erneuerbare Energien und brennbare Abfälle stärkt die Versorgungssicherheit. Braunkohle ist ein international wettbewerbsfähiger Energieträger mit langfristigen nationalen Reserven und sollte eine feste Größe im Energiemix sein. Auch die Steinkohle muss – als in NRW verfügbare Ressource und mit Blick auf die steigenden Energiepreise – als ernsthafte Option Berücksichtigung finden.

Auch auf Kernenergie setzen: Ein breitgefächerter Energiemix senkt das Risiko der Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern. Daher ist es dringend notwendig, alle Optionen zu nutzen bzw. für eine zukünftige Nutzung offenzuhalten. Der Einsatz von Kernenergie ist unverzichtbar. Die Wirtschaft erwartet zügige politische Entscheidungen zum Erkundungsbergwerk Gorleben und die Inbetriebnahme des Endlagers Konrad. Auch der Neubau von Kernkraftwerken darf kein Tabu sein.

EEG-Förderung wettbewerbs- und innovationsorientiert gestalten:

Die garantierte Einspeisevergütung ohne jegliche Anforderung an den technologischen Fortschritt der Anlagen und den Standort kann zu erheblichen Ineffizienzen führen. Die Förderung von neuen Energieträgern sollte mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit bzw. Marktfähigkeit und keinesfalls als Dauer-Subvention gewährt werden.

Diskussion um Energieträger versachlichen:

Eine wirtschaftliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung lässt sich auf Dauer nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens verwirklichen. Der Neubau und die Modernisierung von energieerzeugenden Anlagen und der ebenso dringend erforderliche Ausbau der entsprechenden Infrastruktur muss aus der ideologischen Grundsatzdiskussion heraus und in einem auf Fakten und Argumenten beruhenden Dialog geführt werden. Das gilt auch für die Beurteilung der Energieträger.

Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

„Klimaschutz ist sinnvoll und notwendig. Allerdings ist er nur dann erfolgreich, wenn es zu global wirksamen Vereinbarungen kommt. Ein europäischer Alleingang gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit und hat – weltweit betrachtet – nur eine minimale Wirkung.“

Dr. Ernst Franceschini, Graftschafter Krautfabrik KG, Meckenheim
Präsident der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg



„Erneuerbare Energien haben einen festen Platz im Energiemix, insbesondere bei der dezentralen Energieversorgung. Die Förderung der erneuerbaren Energien sollte zu weiteren Effizienzsteigerungen der eingesetzten Technologien führen, um damit auch den Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu verbessern.“

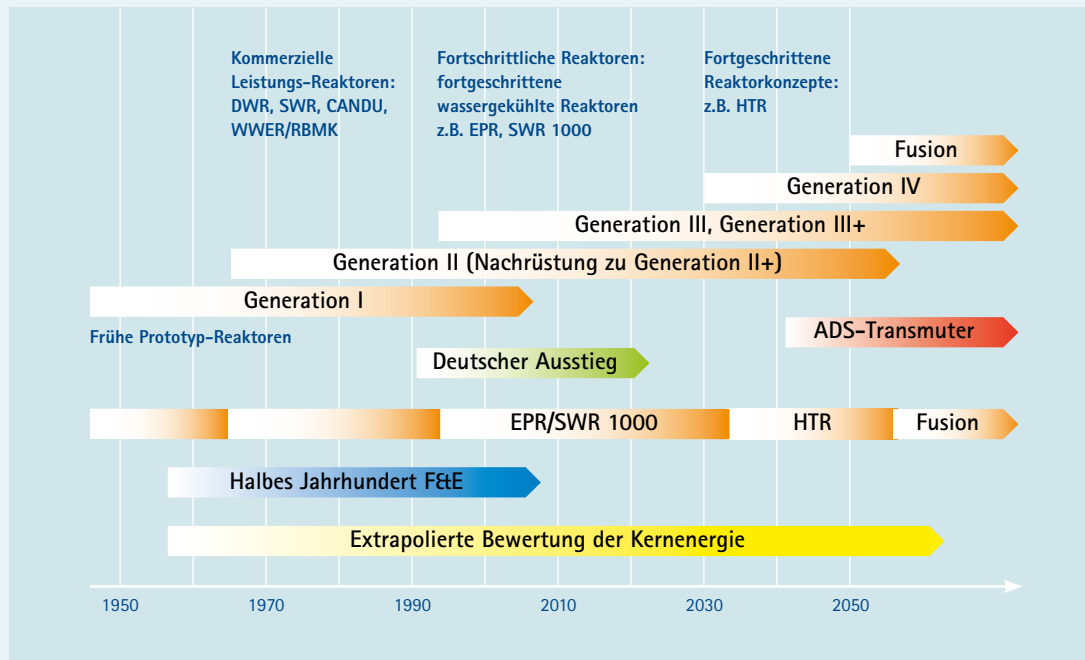
Ortwin Goldbeck, GOLDBECK Bauelemente Bielefeld GmbH, Bielefeld
Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld



8

Forschung und Entwicklung

Neue KKW-Generationen und Technologieentwicklungen



8.1. NUKLEARE ENERGIEERZEUGUNG: GEHT DIE FORSCHUNG RICHTIGE WEGE?

Nukleare Energieerzeugung sichert Grundversorgung mit Elektrizität: Kernenergie und heimische Braunkohle sichern zu jeweils gleichen Teilen die Grundlast. Die Gewinnung elektrischer Energie aus Kernspaltung ist deshalb aktuell unverzichtbar. Mittelfristig wird sich daran mangels Alternativen wenig ändern.

Endlagerung nuklearer Abfälle politisch ungeklärt: Deutschland verfügt wegen politischer Entscheidungsdefizite bisher nicht über ein Endlager. Für schwach- und mittelradioaktive Abfälle stünde das Eisenerzbergwerk Konrad zur Verfügung. Für die sichere Lagerung hochradioaktiver Abfälle steht nach heutiger Erkenntnis der Salzstock Gorleben bereit.

Deutsche Forschung widmet sich dem Ausstieg:

Die Forschung ist derzeit auf das Abschalten der Kernkraftwerke, den Rückbau kerntechnischer Einrichtungen und deren gefahrlose Entsorgung ausgerichtet. Für eine Sicherung des Know-hows im Kraftwerksbau reicht das nicht aus. Forschung und Entwicklung z.B. für die Technologie des Kugelhaufenreaktors sind abgewandert. Die ersten Anlagen werden in Südafrika und möglicherweise in der Volksrepublik China gebaut. Die USA, Frankreich, Japan und Großbritannien arbeiten bereits an der Entwicklung von Reaktoren der vierten Generation.

Wissenschaftliche Ausbildung gefährdet: Das Land NRW hatte nach dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2000 Forschung und Lehre im Bereich Kernkraftwerkstechnik weitgehend eingestellt. Wissenschaftliche Kräfte wandern seitdem ab und bieten ihr Know-how im Ausland an. Seit dem NRW-Regierungswechsel 2005 haben auf Initiative des Innovationsministeriums die RWTH Aachen und das Forschungszentrum Jülich drei Professuren neu besetzt und eine weitere Professur eingerichtet. Die Landesregierung hat damit ihr Interesse an der internationalen Zusammenarbeit in der Kernkraftwerksforschung zum Ausdruck gebracht.

FORSCHUNG IN NUKLEARE TECHNOLOGIEN VERSTÄRKEN

WIE ES SEIN SOLLTE

Die Kernenergie sollte einen festen Platz in einem Energiemix für eine preiswerte, sichere und nachhaltige Energieversorgung in Deutschland behalten. Chancen und Risiken der Kernenergie müssen dabei sorgfältig und sachlich abgewogen werden. Dazu gehört in erster Linie ein Ausbau der Spitzenforschung im Kernkraftwerksbau und bei der Lagerung nuklearer Abfälle.

Forschung in neue Kernkraftwerkstypen wieder ermöglichen: Die deutsche Kernenergieforschung darf sich nicht länger nur dem sicheren Ausstieg aus der Kernenergie widmen. Vielmehr ist es dringend notwendig, sich an der Erforschung und Erprobung neuer, sicherer Kraftwerksgenerationen (z.B. auch Kugelhaufenreaktor) zu beteiligen. Dazu gehört auch, internationale Kooperationsprojekte wieder in NRW anzusiedeln.

Forschung in sichere Technologien zur Endlagerung verstärken: Ohne eine gesicherte Endlagerung radioaktiver Abfälle können die Kernkraftwerke nicht betrieben werden. Der Bau und Betrieb von Endlagern ist eine staatliche Aufgabe, die vorgebracht werden muss. Wichtigster Meilenstein ist die Fortführung der wissenschaftlichen Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben. Das seit sieben Jahren bestehende Moratorium ist unverzüglich aufzuheben. Auch muss die Halbwertszeit der Abfälle unter Einbeziehung der Partitioning- und der Transmutationstechnik verkürzt werden. Auch dafür sind weitere Forschungsarbeiten unabdingbar.

Wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden: Deutschland braucht für künftige Kraftwerksgenerationen gut ausgebildete Fachkräfte. Dies erfordert die Ein- und Wiedererrichtung von Lehrstühlen sowie die Ausbildung des entsprechenden wissenschaftlichen Nachwuchses.

Informationen über Kernenergieforschung transparent machen: Politik, Forschung und Energieversorger müssen über erzielte Ergebnisse und Fortschritte mehr informieren. Es ist notwendig, vorbehaltlos über die Technologien zur Kernenergie aufzuklären, beginnend schon in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

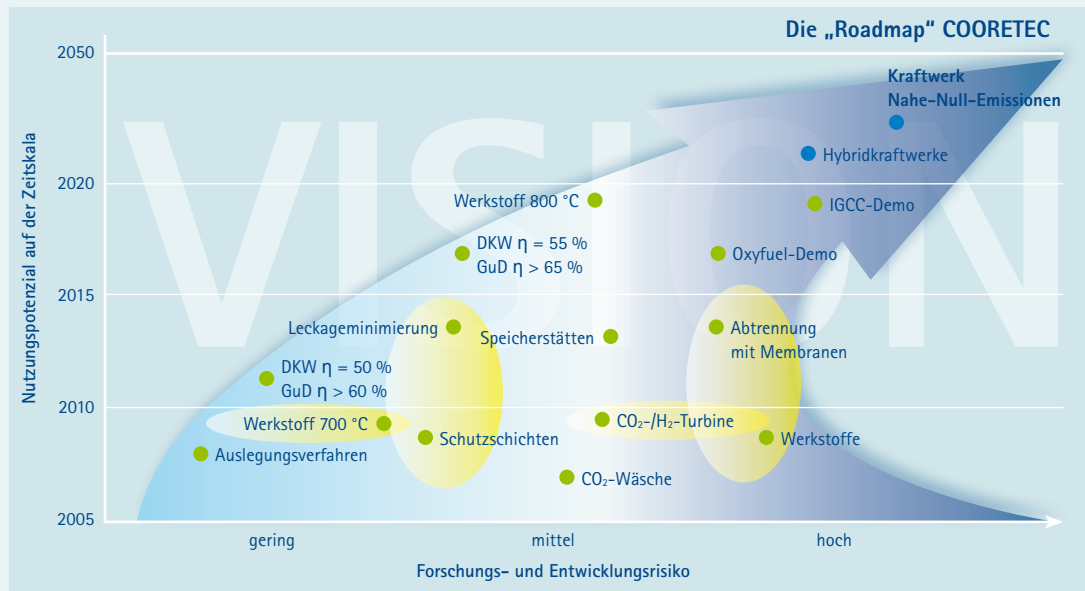
„Die Wirtschaft braucht eine Energiepolitik, die alle Optionen offenhält. Dazu gehört auch, Denk- und Forschungsverbote aufzuheben und der neuen, sichereren Kernenergie in den nächsten Jahren einen festen Platz im Energiemix einzuräumen.“

Paul Bauwens-Adenauer, Bauwens GmbH & Co. KG, Köln
Präsident der IHK-Vereinigung NRW und Präsident der IHK Köln



WIE ES IST : 8.2. ENERGIEFORSCHUNG MUSS WEIT GEFÄCHERT UND INTERDISZIPLINÄR SEIN

Technische Machbarkeit bestimmt den Fortschritt



Neue Werkstoffe sind zur effizienteren Energieerzeugung nötig: Mit neuen Materialien kann die Effizienz fossiler Kraftwerke oder die Leistungsfähigkeit von Solar- und Brennstoffzellen gesteigert werden. Höheren Temperaturen und Drücken standhalten, weniger Korrosion und Erosion aufweisen, Leitfähigkeit verbessern und Lebensdauer verlängern sind erwünschte Eigenschaften.

Fortschritte sind an Tempo in klassischen Technologiefeldern gebunden: Moderne wie künftige Energien benötigen Werkstoffe mit komplexen Eigenschaften. Auch Fertigungsverfahren und Wirkungsgrade müssen optimiert werden. Das Zusammenwirken von Energieforschung und weiteren technischen Disziplinen bestimmt die Zeithorizonte und damit die großtechnische Realisierung.

Ungleichgewicht bei der Forschungsförderung birgt Risiken: Die Politik beeinflusst Forschungsziele und -intensität mit Förderprogrammen. Nicht selten werden politisch erwünschte Technologien massiv unterstützt. Eine optimale Förderung der konventionellen Energieerzeugung ist aber ebenso effektiv wie z.B. die Entwicklung der regenerativen Techniken. Zurückhaltung der Industrie in der Erforschung von Technologien ist häufig ein Indikator für fehlende Marktnehe.

Erforschung innovativer Netz- und Verteilstrukturen steht noch am Anfang: Die Forschung im Bereich konventioneller Versorgungsstrukturen bei Strom und Wärme bietet nach wie vor große Potenziale. Qualität und Verfügbarkeit von volatilem Strom, dezentrale Erzeugung, Kleinkraftwerke und deren Vernetzung machen aber auch neue Strukturen und intelligente Steuerung nötig.



„Spitzenforschung ist die Basis für eine innovative und zukunftsfähige Energieversorgung. Das gilt für CO₂-Reduktion und -Speicherung ebenso wie für Kraftwerksbau und die Lagerung nuklearer Abfälle. NRW verfügt über exzellentes Know-how und sollte daran festhalten.“

Bert Wirtz, Moderner Baubedarf Gottfried Wirtz GmbH & Co. KG, Heinsberg
Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen

ENERGIEFORSCHUNG AUF BREITER FRONT STÄRKEN

: WIE ES SEIN SOLLTE

Die Forschung auf dem Gebiet der Energieerzeugung und der Energieversorgung muss insgesamt intensiviert werden. Sowohl die staatlichen wie die privaten Förderanstrengungen müssen gesteigert werden. Die Fördermittel müssen ausgewogen auf die aussichtsreichen Forschungsgebiete verteilt werden.

Energieforschung auf ausgewogenen Energiemix ausrichten: Vor allem bei der Erzeugung von Grundlaststrom sind die Dampfkraftwerke auf der Basis von Kohle, Gas und Kernkraft auch langfristig nicht verzichtbar. Dies muss auch bei der Erforschung optimierter Technologien zur Wirkungsgradverbesserung und der CO₂-Minderung berücksichtigt werden. Um global bemerkenswerte Erfolge bei der CO₂-Minderung zu erreichen, ist die Entwicklung hocheffektiver Dampfkraftwerke besonders wichtig.

Ungleichgewichte bei der Forschungsförderung vermeiden: Nicht die einseitige Förderung politisch erwünschter Energien führt zur nachhaltigen Energieversorgungsstruktur, sondern die breit gefächerte Forschung verspricht den größten Erfolg. Vor allem eine nach Verbrauchsgruppen und Verteilebenen optimierte Energieerzeugung erscheint vielversprechend. Dabei spielen die konventionellen Energien eine wesentliche Rolle für die Industrierversorgung, während regenerative Energien ihre Stärken im Kleingewerbe und im Privatsektor entfalten können.

Private Forschungsförderung stimulieren: Mitunter werden Ergebnisse aus der Grundlagenforschung nicht befriedigend für den Markt erschlossen. Es fehlt an ausreichender, von der Industrie unterstützter Anwendungsforschung. Für kleine und mittelgroße Unternehmen ist eigene Forschung oft zu riskant und teuer. Diese Barriere muss durch die Rücknahme der Besteuerung von Funktionsverlagerungen, des Mantelkaufs und der Zinsschranke abgebaut werden.

Technologien zur Energiespeicherung erforschen: Vor allem bei volatilen Energieträgern ist die unbefriedigende Energiespeicherung ein Handicap. In windstarken Zeiten sind Windräder häufig wegen zu geringer Stromnachfrage nicht ausgelastet. Hier müssen neue Möglichkeiten zur Stromspeicherung entwickelt werden. Darüber hinaus erscheint auch die Erforschung neuer Verteilstrukturen aussichtsreich.

Forschungsnachwuchs fördern: Energieforschung ist eine zunehmend wichtige Zukunftsaufgabe. Energiethemata müssen wesentlich stärker als bisher in der Bildung verankert werden. Aussichtsreiche Energieforschung benötigt qualifizierte Ingenieure und Naturwissenschaftler mit ausgeprägtem Querschnittswissen.

▪ Folgende Leitlinien müssen das **energiepolitische Handeln** bestimmen

„Es müssen schnellstens Lösungen zur Speicherung von Strom gefunden werden. Das löst viele Probleme: Netzkapazitäten und Einspeisungen harmonisieren besser mit dem Verbrauch. Dafür ist Forschung und Entwicklung entscheidend.“

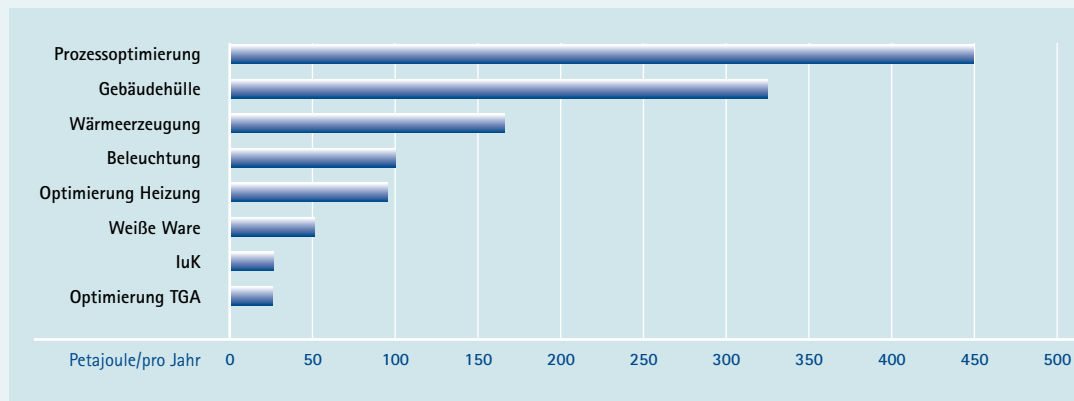
Harald Rutenbeck, Wilhelm Rutenbeck GmbH & Co. KG, Schalksmühle
Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen



9

Energieeffizienz

Wirtschaftlich zu erschließende Einsparpotenziale im Zeitraum 2008–2016



WIE ES IST : 9.1. EINSARPOTENZIALE DURCH ENERGIEEFFIZIENZ VORHANDEN

Energieverbrauch in der EU steigt: Trotz intensiver Einsparbemühungen insbesondere in der Industrie steigt der EU-Energieverbrauch jährlich um 1 bis 5 Prozent. Bis 2020 würde ohne weitere Sparmaßnahmen allein die EU-Industrie durchschnittlich 28 Prozent mehr Energie verbrauchen.

Deutschland belegt bei der Energieeffizienz

Spitzenposition: Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland hinsichtlich der bereits erreichten Energieeffizienz in der Spitzengruppe. Deutschland verfügt über ein großes Know-how bei Energieeffizienztechnologien.

Ehrgeizige Ziele der EU und Deutschlands:

Bis 2016 will die EU 9 Prozent Endenergie einsparen (zum Vergleichszeitraum 2001–2005). Deutschland will seine Energieproduktivität bis 2020 im Vergleich zu 1990 verdoppeln: Dies bedeutet eine 30-prozentige Energieeinsparung.

Zahlreiche Instrumente vorhanden: Sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland gibt es viele ordnungspolitische Maßnahmen und Instrumente zur Steigerung der Energieeffizienz in Produktion und Konsum (z.B. Ökodesign-Richtlinie, Energieeinsparverordnung, Richtlinie Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, KfW-Sonderfonds „Energieeffizienz“).

Steigerung der Energieeffizienz rechnet sich:

Durch wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen lassen sich bis 2016 in Industrie, Handel und Dienstleistungen etwa 13 Prozent der Endenergie einsparen. Steigende Energiekosten führen zu einer erhöhten Nachfrage nach Energieeffizienzprodukten. Dies gilt sowohl für Investitionsgüter wie Maschinen und Anlagen als auch Konsumgüter wie beispielsweise Hausgeräte, Beleuchtung und Gebäudetechnik. Energieeffiziente Produkte haben im internationalen Wettbewerb gute Marktchancen.



„Angesichts weiter steigender Energiepreise sind Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz eine sinnvolle Option. Das senkt betriebliche Energiekosten und schont die Ressourcen.“

Dirk Grünewald, Heinrich Grünewald GmbH & Co. KG Bauunternehmung, Oberhausen
Präsident der Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen

CHANCEN DER ENERGIEEFFIZIENZ NUTZEN

: WIE ES SEIN SOLLTE

Angesichts weiter steigender Energiepreise sind Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz eine sinnvolle Option, um betriebliche Energiekosten zu senken. Gleichzeitig werden Ressourcen eingespart und CO₂-Emissionen reduziert. Effiziente Produkte eröffnen Produzenten neue Marktchancen. Auch Verbraucher profitieren von geringeren Energiekosten.

Informationen für Energieeffizienz systematisch ausbauen: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz senken betriebliche Energiekosten. Bestehende Informationsdefizite müssen bei privaten und gewerblichen Energieverbrauchern durch Beratungen und Öffentlichkeitsarbeit systematisch abgebaut werden. Das sollte gemeinsame Aufgabe von Politik, Industrie- und Handelskammern und Unternehmen sein.

Bildung für mehr Energieeffizienz verstärken: Der bewusste Umgang mit Energie sollte möglichst früh erlernt werden. Die Sensibilisierung bereits im Kindesalter und die Verstetigung in Schule, dualer Ausbildung und Studium müssen langfristig nachträgliche Regulierungen ersetzen.

Transparenz für Verbräuche und Preise verbessern: Die Energielieferanten sind gefordert, mehr Transparenz bei der Preisgestaltung zu schaffen sowie klarer über Energiepreise zu informieren. Smart Metering kann helfen, „Energiefresser“ zu identifizieren und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Die Kosten für die Einführung intelligenter, digitaler Stromzähler sollten in angemessenem Verhältnis zu den Stromkosten der Verbraucher stehen.

Freiwillige Produktkennzeichnungen/Labeling sind sinnvoll: Standardisierte Informationen zu Energieverbräuchen und Einsparpotenzialen von Produkten und Produktionsprozessen helfen den Verbrauchern. Beim Effizienz-Labeling sollte die dynamische Entwicklung der Einspartechnologien berücksichtigt werden. Freiwillige weitere Angaben wie z.B. Leistungsmerkmale können dem Verbraucher helfen.

Contracting weiter ausbauen: Gerade für KMU muss der Nutzen dieses Instruments deutlicher gemacht werden. Das ist in erster Linie eine Aufgabe der Energiedienstleister, aber auch öffentlicher Einrichtungen.

Mehr Forschung für Energieeffizienz ist notwendig: Die Politik ist gefordert, die Unternehmen bei der Erschließung neuer Effizienztechnologien zu unterstützen.

Augenmaß bei gesetzlichen Zielvorgaben wahren: Bei der Umsetzung der politischen Ziele muss Technologiefreiheit gewährleistet bleiben. Bei der Formulierung neuer Ziele und Maßnahmen sollte das jeweilige nationale Ausgangsniveau berücksichtigt werden. Verpflichtende Einsparmaßnahmen können die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

Direkte Kaufanreize durch Zuschüsse ablehnen: Energieeinsparmaßnahmen, die sich ohnehin rechnen (wie z.B. der Austausch von ineffizienten Geräten), sollten nicht staatlich gefördert werden. Direkte Zuschüsse zum Kauf energieeffizienter Geräte können zu Mitnahmeeffekten führen.

Produktrankings können sinnvoll sein: Energieeffizienz ist ein wichtiges, aber nicht immer das ausschlaggebende Merkmal eines Produkts. Mit Verboten von weniger energieeffizienten Produkten sollte deshalb maßvoll verfahren werden.

Freiwillige Energiemanagementsysteme sind sinnvoll: Unternehmen mit besonders hohem Strombedarf sind teilweise von der EEG-Umlage zur Förderung von erneuerbaren Energien entlastet (EEG-Härtefallregelung). Eine daran gekoppelte Pflicht zur Einführung von Managementsystemen leistet keinen Beitrag zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz. Insbesondere KMU brauchen flexible und unbürokratische Instrumente.

Folgende Leitlinien müssen das energiepolitische Handeln bestimmen

QUELLENVERZEICHNIS

- S. 10** Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR (2008)
- S. 12** Deutsche Energieagentur, dena (2008)
- S. 14** Bundesnetzagentur (2008), dargestellt sind die Strom- und Gaspreisbestandteile für alle Verbraucher mit Ausnahme industrieller Abnehmer, bei denen Abgaben und Steuern entfallen.
- S. 16** Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., BDEW (2008)
- S. 18** Deutsche Energieagentur, dena (2005)
- S. 20** Grafik links: Netherland Environmental Assessment Agency (2008)
Grafik rechts: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, BMWi (2008)
- S. 22** Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (2007)
- S. 24** Forschungszentrum Jülich (2008)
- S. 26** Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, BMWi (2003)
- S. 28** Endbericht zur Studie „Potenziale für Energieeinsparung und Energieeffizienz im Lichte aktueller Preisentwicklungen“, Prognos AG (2007),
Darstellung des Bremer Energie Instituts (2007)

IMPRESSUM

<p>Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW e.V. Goltsteinstraße 31 40211 Düsseldorf Telefon: 0211 3670-0 Fax: 0211 3670-221 E-Mail: kv.nrw@duesseldorf.ihk.de Internet: www.ihk-nrw.de</p>	Herausgeber
<p><i>Detlev Sachse, IHK Köln</i> <i>Anke Schweda, IHK Köln</i> <i>Dr. Stephan Wimmers, IHK-Vereinigung NRW</i></p>	Redaktionsleitung
<p><i>Prof. Dr. Gert Brunekreeft, Bremer Energie Institut</i></p>	Wissenschaftliche Beratung
<p>360° Design, <i>Ulrike Wiest</i>, Krefeld</p>	Gestaltung
<p>das druckhaus <i>beineke dickmanns gmbh</i> print & neue medien, Korschenbroich</p>	Druck
<p>März 2009</p>	Stand



Vereinigung der
Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

HERAUSGEBER:

Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW e.V.
Goltsteinstraße 31 · 40211 Düsseldorf
Postfach 24 01 20 · 40090 Düsseldorf

www.ihk-nrw.de